

Die Kolonie Müllrose

von Klaus Wolfert

Nach dem Siebenjährigen Krieg (1756–1763) sollten viele Brandenburger Vorwerke nach dem Willen König Friedrich II. abgebaut werden. Nach intensiven Prüfungen im Auftrag des Königs wurden dann aber diese Abbaupläne als ungeeignet zurückgestellt, da eine Aufsiedlung zu dieser Zeit einen wirtschaftlichen Rückschlag bedeutet hätte.

Von allen Abbauplänen kam nur das Vorwerk Müllrose zur Verwirklichung, es sollte als Beispiel einer Vorwerksaufsiedlung dienen. Das Vorwerk Müllrose gehörte zum Amt Biegen.

Ein Vorwerk ist bis zur Neuzeit ein gesondert liegender kleiner Gutshof zur Bewirtschaftung der entfernt vom Hauptgut liegenden Felder und Wiesen und zur Aufnahme des Weideviehs.

Im Zusammenhang mit der Aufsiedlung der zunächst vorgesehenen Vorwerke in Brandenburg wollte die Stadt Müllrose das Vorwerk bereits ab 1766 in Erbpacht nehmen und die geforderte Erbpacht von 450 Reichstaler zahlen. Der Amtsrat Schultzer von Biegen stellte aber weitere Bedingungen, die für die Stadt Müllrose nicht akzeptabel waren.

So wurde das Vorwerk an Kolonisten (Ansiedler) aufgesiedelt.

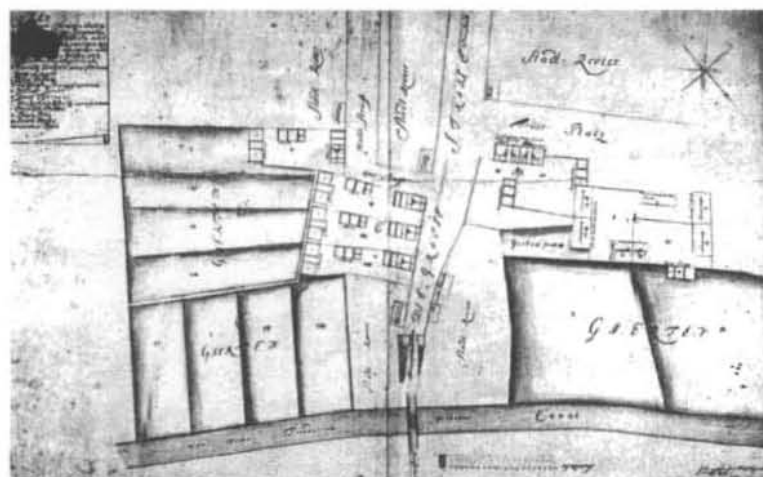
Pfälzische Ansiedler kamen nach Müllrose, es entsteht ab 1771 die Kolonie Müllrose

Die Kolonie Müllrose i. J. 1771. Das i. J. 1771 aufgesiedelte Amtsvorwerk Müllrose ist mit 8 Pfälzer Familien besetzt worden:

A. Das alte Vorwerk mit 2 Familien.

B. Die Schäferei mit 2 Familien.

C. Der Rostische Rittersitz mit 4 Familien.



Es war im Herbst 1746, als in dem Ort Odernheim am Glan 15 Familien ihr Anwesen verkauften, um im Frühjahr 1747 nach Amerika auszuwandern. Sie besannen sich aber noch einmal, als ihnen im

Januar 1747 ein allgemeiner Aufruf bekannt wurde, der Auswanderwillige nach Preußen einlud. Was da versprochen wurde, ließ sich durchaus hören. Warum sollte man sich also nicht näher erkundigen? So begaben sich die beiden Führer der pfälzmüden Odernheimer zu dem preußischen Regierungsvertreter in Frankfurt/M. Diesem kamen aber Zweifel, ob diese Leute nach den Ansichten des Königs die Voraussetzungen für sein großes Ansiedlungswerk besitzen. So schickte er sie kurzerhand zum Minister

Marscall, dem Besitzer von Altranft. Der Minister stellte sie aber vorsichtshalber dem König vor. Friedrich II. unterhielt sich mit ihnen. Die Männer gefielen ihm, solche Leute konnte er gebrauchen. Als Zei-

chen seiner Huld ließ er jedem drei Dukaten und einen Louisdor als Geschenk überreichen. Die Bedingungen wurden dann vereinbart und recht froh kehrten beide Vertreter Werger und Porth in ihre Heimat zurück, um ihre Übersiedlung nach der Mark Brandenburg zu betreiben.

Nun aber hatte sich die Kunde von dem gelobten Land Preußen in der Pfalz ständig weiter herumgesprochen, so dass sich immer mehr zur Auswanderung in das Königreich bereit erklärten. Auch die preußischen Werber wurden sehr aktiv, sie ermunterten auch Werger und Porth gegen Entschädigung fleißig mitzuwerben. Die Folge war ein richtiges Auswanderungsfieber in Odernheim und Umgebung. Schließlich bekamen die Behörden Kenntnis von dem Treiben. Der zuständige Oberamtmann griff ein und ließ Werger und Porth verhaften und ihr nicht unerhebliches Vermögen samt ihren Papieren, Verträgen, Listen usw. beschlagnahmen. Während Porth fliehen konnte, hatte Werger viel Unangenehmes zu überstehen. Aber er blieb allen Beeinflussungsversuchen gegenüber standhaft und erklärte, nichts könne ihn und seine Gesinnungsgenossen in ihrem Entschluss das Land zu verlassen wankend machen. Schlimmer als in der Pfalz könne es in Preußen gewiss nicht sein. Aus Respekt vor Friedrich II. wurde Werger schließlich aus der Haft entlassen, musste das Beschlagnahmte aber zurücklassen.

Im Mai 1747 brachen die ersten 17 Familien von Odernheim auf und begaben sich über Frankfurt/M. nach Berlin, wo sie gastlich und freundlich aufgenommen wurden. Im Amt Coepenick (Köpenick) erhielten sie ein größeres Stück Land, das sie kultivierten. Hier errichteten sie dann, im ganzen 20 Familien, mit Mitteln, die ihnen der Staat ausnahmsweise vorgeschossen hatte, eine Siedlung, die später den Namen Müggelheim erhielt. Die preußische Regierung sorgte auch dafür, dass Porth und Werger in ihre Heimat reisen konnten, um nun auch ihr Vermögen zu holen.

Müggelheim aber war für verschiedene Pfälzer nur ein Durchgang. Als im Jahr 1771 das königliche Vorwerk Müllrose zur Besiedlung aufgeteilt wurde, erschienen Bernhard Porth und Paul Porth hier unter den Kolonisten, außerdem die Pfälzer Wöckling, Jakob Wolter, David Petermann, Matthias Specht, Valentin Lippold und Friedrich Müller. Die Namen Porth, Wolter und Müller sind heute noch in der Stadt bzw. in der ehemaligen Kolonie vertreten.

Auch der Begriff „Porth's Land“ ist alten Müllrosern heute noch geläufig.

Die Kolonie Müllrose entsteht 1771

Das Vorwerk Müllrose umfasst im Jahr 1771 907 Morgen, 39 Quadratmeter Acker, wovon allerdings nur 474 brauchbar sind. Der Acker

liegt sehr niedrig, ist dadurch leicht von Überschwemmungen betroffen, da der „Neue Graben“ höher verläuft, als die Äcker gelegen sind, das Wasser schlecht abfließt. Das Ackerland besteht meist nur aus Sand. Dadurch, so die Aussage des Verwalters des Vorwerks, wird kaum so viel Korn geerntet, wie die Wirtschaft erfordert.

Im Jahr 1771 werden nun 8 Familien auf dem Vorwerk als Erbpächter angesiedelt. Es sind: Matthias Specht, Valentin Lippolt, Bernhard Porth, Paul Porth, Jakob Molter, David Petermann, Friedrich Müller, und Phillipp Wölferling.

Entsprechend dem ersten Vertrag mit ihnen sollten 448 Reichstaler an Erbpacht gezahlt werden.

Die Ansiedler finden das Vorwerk im schlechtesten Zustand vor. Inventar und Saatkorn sind nicht vorhanden, der Acker ist größtenteils in mangelhafter Kultur. Trotzdem berichtet Dömanenrat an die Kammer, „daß es keine Colonie, welche sich an Anbauung eines Vorwerks gewagt habe, kenne, die dieser, sowohl wegen ihres Baues, als ihrer ordentlichen Wirtschaft, zu vergleichen wäre. Man könne sich von der Müllroser Colonie viel Gutes versprechen. Allerdings leide die Wirtschaft durch die außerordentliche Überschwemmung der sehr niedrig gelegenen Äcker. Dem werde aber durch die Instandsetzung der Gräben abgeholfen werden“.¹

Doch der Bericht des Domänenrates an die Kammer entspricht nicht der Realität. Die Ernten bleiben schlecht. Im Jahre 1773 wenden sich die Kolonisten an den König.

„Das zugeteilte Land sei so schlecht, daß sie aller angewandten Mühe zum Trotz kaum das zweite Korn einernteten und im vergangenen Jahre wegen der Überschwemmungen auch dieses nicht einmal einbringen können“.²

Da die Kolonisten mehrere Male nicht in der Lage sind, die geforderten Abgaben zu entrichten, und die Kammer nur bösen Willen annimmt, wird ihr genehmigt, die Kolonisten nacheinander, beim Schulzen angefangen, zur Strafe in die Hausvogtei zu bringen.

Im Jahre 1777 berichtet Kriegs- und Domänenrat von Lamotte: „wenn es mit den Unterthanen schon so weit gekommen sey, daß durch den Landreuter und Auspfändungen die Entrichtung ihrer Abgaben bewürket werden müße; so sey ihr gänzlicher Verfall und Umsturz nicht mehr weit entfernt. Dieser an und vor sich richtige Satz, könne mit Grunde auf die Colonie zu Müllrose angewandt werden, und der Verfall der Colonisten rühre ihm um so mehr, Umsturz nicht mehr, da sie keine liederlichen Wirthe, sondern fleißige und arbeitsame Leuthe wären.“

Die Ursachen für den Verfall der Colonie liegen in dreierlei:

1. Die Colonisten haben zu wenig Land
2. Sie haben zu wenig Schafe
3. Sie haben nicht die Mittel, hierin Abhilfe zu schaffen

Diesen Tatsachen entsprechen die Hilfsmaßnahmen. Den Kolonisten soll Rodeland gegeben und zur Urbarmachung sollen ihnen die Mittel ausgehändigt werden. Es wird ein Schäferhaus erbaut und Geld zur Anschaffung von Schafen ausgezahlt. Mehrere Male wird den Kolonisten die Abführung ihrer Pacht erlassen.

„Das Unternehmen will trotzdem wirtschaftlich nicht vorwärtsgen. Der Kammer wird beschieden, die Unterstützungen für die Kolonie gingen ins Unglaubliche. Die Kolonisten seien verwöhnt worden. Sie würden niemals in die Lage kommen, ihre Pacht, die bereits i. J. 1774 herabgesetzt worden ist, zu entrichten, „da sich auf diesem kleinen Vorwerck gegen 60 Persohnen nähren sollen, die beynahe den gantzen Einschnitt an Getreide verzehren ohne etwas zum Verkauf übrig zu behalten.

Es sei aber besser, diese Leute einmal auf einen solchen Fuß zu setzen, daß sie bestehen könnten, als ihnen alljährlich willkürliche Unterstützungen zu bewilligen.

Bei der Ansetzung habe man den Fehler gemacht, daß man die bisherige Vorwerckspacht auf die Kolonisten verteilten. Ein großer Betrieb könne aber billiger arbeiten, da ein „grosser Theil“ der Fuhren und Handarbeiten durch Hofdiener bestritten wird, wofür der Pächter nur ein geringes Dienstgeld entrichtet, oder doch wenigstens nur unverheyrathete Dienstboten gehalten werden, wogegen in jeder kleinern Wirthschaft eine Familie mit einer Anzahl Kinder ihren Unterhalt finden muß“.⁴

Erschwerend kam hinzu, dass ein Nebenverdienst durch Holzfahren nicht möglich war, weil der damalige Zustand des Waldes in der Müllroser Umgebung einen Holzverkauf nicht zuließ.

Am 23. November 1784 wurde die Pacht für die gesamte Kolonie um 100 Reichstaler jährlich gesenkt. Trotzdem steht es Anfang 1785 so, dass einige Familien die Kolonie verlassen wollten, wenn sie keine weitere Unterstützung zur Vervollständigung ihres Viehbestandes erhalten. Im Jahr 1800 wird die Pacht abermals um 100 Reichstaler heruntergesetzt.

Obwohl es den Kolonistenfamilien durch diese Maßnahmen wirtschaftlich allmählich besser ging, gab es noch andere Probleme für die Kolonie Müllrose.

Die Kolonie besaß ihr eigenes Holzungs- Fischerrecht. Aber zwischen den Kolonisten und den Bürgern der Stadt Müllrose gab es selten „Frieden“. „Die Bürger Müllroses konnten die Kolonisten nicht riechen“, schreibt H. Trebbin.

1787 klagte der Magistrat: „Die Colonisten ruinieren die Bürger weit mehr als diese ihnen. Kein Tag vergeht, wo sie nicht denenselben in ihrem Getreyde Schaden thun, ihr Vieh gehen lassen, wo es will, und wenn es die Bürger pfänden, es ihnen mit Gewalt wieder abzunehmen suchen“.¹

Dieses widrige Verhältnis zwischen Kolonie und Stadt dauerte noch weit bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein.

Bereits im Jahr 1851 betrieb der Landrat von Winter die Eingemeindung der Kolonie in die Stadt Müllrose. Die „Stadtväter“ protestierten vehement mit der Begründung, die Interessen der beiden kommunalen Gebilde seien zu verschieden. So gab es weiterhin Reibereien und Konflikte. Durch die allgemeine Gesetzgebung war das Erbpachts- in Eigentumsrecht verwandelt worden. Die Kolonisten waren demzufolge freie Eigentümer geworden, besaßen eine eigene Verwaltung mit ihrem Schulzen.

Erst unter Bürgermeister Laubisch erfolgte 1907 die Eingemeindung nach Müllrose.

Anmerkungen:

Kolonie Müllrose 1771 = Ausgesiedeltes Vorwerk

Wirtschaftlicher Charakter: Bauern mit ca. 113,5 Morgen Land
(1 Morgen = 2500 qm)

Zahl der Haushaltungen: 1771 = 8; 1871 = 17; 1895 = 17

Zahl der Personen: 1771 = 54; 1805 = 20; 1871 = 81 ; 1895 = 101

Erwähnenswert ist: Die Vorwerksaufsiedlung nach dem Siebenjährigen Krieg wurde nach eingehender Prüfung zumeist als nicht realisierbar zurückgestellt. Müllrose blieb demzufolge eine Ausnahme. Wie sich in Müllrose zeigte, war es nicht wirtschaftlich vertretbar, die Gesamtpacht auf die Siedler zu verteilen.

Quellen:

1 - 4 Gerhard Fischer, „Das Land Lebus“, S. 92/94, Frankfurt (O.) 1936

1 Rainer Barthel, „Die Besiedlungsgeschichte des Landes Lebus“, Berlin 1938
Oderzeitung vom 11.1. 1941 (H. Trebbin)